

Protokoll

43. Sitzung (nicht öffentlich)

13. Mai 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 12.40 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Dautzenberg (CDU)

Stenograph : Berger

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1. **Über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben im
Rechnungsjahr 1991**

1

Antrag des Finanzministers

Drucksache 11/5340

Der Haushalts- und Finanzausschuß stimmt dem Antrag des Finanzministers (Drucksache 11/5340) mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.E.P. bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN zu.

Berichterstatterin Abgeordnete Heidi Berger
SPD.

2. **Kassen- und Haushaltsabschluß 1992**

4

Vorlage 11/2154

Der Ausschuß ist einvernehmlich - bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN - der Meinung, daß dieser Punkt bis zur nächsten Sitzung vertagt wird.

3. Einrichtung von Leerstellen 5

Vorlagen 11/2115, 11/2153 und 11/2157

Der Haushalts- und Finanzausschuß stimmt den Anträgen des Finanzministers (Vorlagen 11/2115, 11/2153 und 11/2157) einstimmig - bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN - zu.

4. Stand der Verhandlungen zum bundesstaatlichen Finanzausgleich 6

Vorlage 11/2151

Der Ausschuß nimmt einen Bericht der Landesregierung entgegen und führt darüber eine Diskussion.

5. Börsenwesen 9
a) Allgemeine Situation des Börsenwesens

Bericht des Finanzministers

**b) Die Regionalbörsen stärken -
Handelsverband der Makler der Deutschen
Wertpapierbörsen**

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/5402

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/5444

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 11/5402 - wird unter Berücksichtigung des Änderungsantrags der CDU-Fraktion als gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. mit der Überschrift "Die Regionalbörsen stärken" in folgender Fassung angenommen:

"Die Rheinisch-Westfälische Börse sowie die anderen Regionalbörsen müssen gestärkt werden.

1. Der Landtag fordert deshalb die Landesregierung auf, im Rahmen der Verhandlungen über die anstehende Börsengesetzreform darauf zu drängen, daß

a) die Möglichkeit der Errichtung eines Handelsverbundes unter den skontroführenden Maklern der deutschen Wertpapierbörsen im Gesetz vorgesehen wird und

b) die bestehende Organisation des EDV-Handels (des Integrierten Börsenhandels- und Informations-Systems "IEIS") rechtlich unverändert bleibt.

2. Der Landtag ist sich bewußt, daß

bei der Umsetzung der von den Börsenfachministern empfohlenen Regelung zu der Kosten der Börsenaufsicht alle Gesichtspunkte zur Vermeidung negativer Auswirkungen auf die Regionalbörsen sorgfältig zu beachten sind."

(einstimmig bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN)

Berichterstatter Abgeordneter Günther Harms
SPD.

In einer späteren Ausschußsitzung wird die Problematik mit einigen, gezielt ausgewählten Sachverständigen auf der Basis des beschlossenen gemeinsamen Antrages erörtert.

6. **Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91 a GG;** 16
hier: 23. Rahmenplan nach dem Hochschulbau-
förderungsgesetz (HBFG)

Vorlage 11/2047

Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt einstimmig bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN, die Vorlage 11/2047 zur Kenntnis zu nehmen, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

Berichterstatter Abgeordneter Franz Riscop CDU.

7. **Gesetz zur Neufassung des Landesumzugskostengesetzes,** 17
zur Änderung des Ausschlußmitglieder-Entschädigungs-
gesetzes sowie zur Änderung anderer dienstrechtlicher
Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/5392

und

8. **Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes des**
Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN

Drucksache 11/5207

Der Haushalts- und Finanzausschuß lehnt den Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN einstimmig ab.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 11/5392) wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion in Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN einstimmig angenommen.

Berichterstatter Abgeordneter Rudolf Wickel
F.D.P.

9. **Gesetz über die Versorgung der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer (WPVG NW)** 18

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/5393

Die abschließende Behandlung wird zurückgestellt.

Der Ausschuß ist bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN der Auffassung, daß der Gesetzentwurf noch mit Betroffenen erörtert werden soll.

10. **Verschiedenes** 20

- a) **Gutachten/Organisationsuntersuchungen** 20

Der Ausschuß kommt überein, daß das Material nur den ordentlichen Ausschußmitgliedern zur Verfügung gestellt wird.

- b) **Nachtragshaushalt** 20

Der Ausschuß nimmt die Terminplanung für die Beratung des Nachtragshaushaltsgesetzes 1993 zur Kenntnis.

c) Parlamentarischer Abend der Bankenvereinigung 21

Der Ausschuß nimmt zur Kenntnis, daß der
Parlamentarische Abend der Bankenvereinigung
am 9. November 1993 um 16.30 Uhr stattfin-
det.

Der Haushalts- und Finanzausschuß lehnt den Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN einstimmig ab.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 11/5392) wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion in Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN einstimmig angenommen.

Berichterstatter Abgeordneter Rudolf Wickel F.D.P.

9. Gesetz über die Versorgung der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer (WPVG NW)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/5393

Der Vorsitzende sagt, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei am 6. Mai vom Plenum ausschließlich an den Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen worden.

Auf die Frage des Abgeordneten von Unger (CDU), ob es sinnvoll sei, eine Öffnungsklausel vorzusehen, antwortet Regiergungsdirektor Dr. Siegel (Finanzministerium), es sei theoretisch möglich, das Versorgungswerk auch für andere Länder zu öffnen. Er möchte aber davon abraten, da dies andere Länder nicht sehr gerne sehen würden.

Auf den Hinweis des Abgeordneten von Unger (CDU), daß es nur darum gehe zu öffnen, wenn andere beitreten wollten und dies kein Muß sei, antwortet RDir Dr. Siegel (FM), es gebe in der Bundesrepublik über 60 Versorgungswerke. Ihm sei nicht bekannt, daß derartige Öffnungsklauseln dort vorgesehen seien.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.) meint, daß eine Öffnungsklausel doch möglich sein könnte, wenn man überlege, daß es andere Länder gebe, die das allein nicht schaffen könnten.

Ein weiterer Punkt sei, daß sich bisher die Betroffenen gegenüber dem Ausschuß nicht geäußert hätten. Es könnte ja sein, daß die Verbandsvertreter gegenüber dem Finanzministerium eine Stellungnahme abgegeben hätten. Aber er wolle von den Verbandsvertretern selber hören, wie sie sich z.B. zu dem Punkt Öffnungsklausel stellten. Zudem wolle er an die Verbandsvertreter auch selbst Fragen stellen können.

Finanzminister Schleußer sagt, Nordrhein-Westfalen müsse vorgehen, weil ein Drittel der Wirtschaftsprüfer in Nordrhein-Westfalen tätig sei. Zu der Frage der Öffnung sei er der Meinung, daß die großen Länder eigene Lösungen finden könnten. Nach einer gewissen Zeit werde man sehen, wie viele Länder dann noch übrig blieben, die von der Öffnungsklausel Gebrauch machen könnten. Im übrigen habe er nichts dagegen einzuwenden, daß man Verbandsvertreter im Ausschuß hören sollte.

Abgeordnete Meyer-Schiffer (SPD) meint, daß man den von Abgeordneten Wickel unterbreiteten Vorschlag aufgreifen sollte. Es sei schon die Frage, inwieweit sich das Parlament selbst ein Urteil bilden sollte. Die angesprochene Frage der Öffnung könnte dann auch im Ausschuß mit den Verbandsvertretern erörtert werden.

Der Vorsitzende stellt fest, daß der Punkt vertagt wird und zu der nächsten Sitzung Verbandsvertreter eingeladen werden sollen. Der Finanzminister solle um Mithilfe gebeten werden, was die einzuladenden Fachleute angehe.

- Der Ausschuß ist mit diesem Verfahren einverstanden.

Die abschließende Behandlung wird zurückgestellt.
Der Ausschuß ist bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN der Auffassung, daß vor Verabschiedung des Gesetzentwurfes Vertreter des Berufsverbandes gehört werden sollen.